

Bischof Dr. Dr. h.c. Markus Dröge

Vortrag

auf dem 2. Potsdamer Friedensdiskurs – „Identität und Gewalt“,

Nagelkreuzkapelle Potsdam, 7.9.2017, 9:30 Uhr

„Der neue Populismus als Herausforderung

an kirchliches Reden und Handeln“

07. September 2017

I.

„Wer sich an einer Person orientieren will, der sei an Dietrich Bonhoeffer erinnert, der 1934 die Kirchen auf der Konferenz in Fanö zum unzweideutigen Friedenseinsatz aufrief und 1939 in den aktiven Widerstand gegen die mörderische Diktatur Hitlers ging und für beides 1945 mit seinem Leben bezahlte.“¹

Diese Sätze schreibt Jürgen Moltmann im IV. Kapitel seiner „Ethik der Hoffnung“ unter der Überschrift „Ethik des gerechten Friedens“. Die Rede Bonhoeffers in Fanö ist weit über den damaligen historischen Anlass, nämlich einer Tagung des „Weltbundes für die internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen“ im August 1934, von Bedeutung.² Sie wurde in einer äußerst gespannten Lage gehalten. Das dramatische Jahr 1933 hatte Bonhoeffer noch in Berlin verbracht. Im August 1933 hatte er ein Flugblatt verfasst gegen die Einführung des Arierparagraphen in der Kirche und Ende September 1933 versuchte er mit einer Flugblattaktion auf der Wittenberger Nationalsynode Einfluss gegen die Einführung eines Arierparagraphen in der Kirche zu nehmen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Altpreußische Generalsynode (die sogenannte „Braune Synode“) bereits beschlossen, dass nur noch der in der Evangelischen Kirche Geistlicher sein könne, der arischer Abstammung sei.

¹ Jürgen Moltmann, Ethik der Hoffnung, Gütersloh 2010, 229f

² Vgl. zur folgenden Darstellung Bethge, 357-454

Das Kirchenbundesamt in Berlin hatte aus der „Braunen Synode“ die Konsequenz gezogen, dass es nun darauf ankäme in der ökumenischen Christenheit Verständnis zu wecken für die neue theologische Herausforderung, sich also mit der Judenfrage und einer völkischen Theologie konstruktiv zu beschäftigen. Bonhoeffer aber hatte im Vorfeld der Tagung ein Thesenpapier zu seinem geplanten Vortrag nach Genf an die ökumenische Forschungsabteilung geschickt. Dort war man (d.h. der dort tätige deutsche Referent) entsetzt, weil diese Thesen als – ich sage es vorsichtig – am Thema vorbei empfunden wurden. Erwartet hätte man, dass Bonhoeffer folgende Themen behandeln würde: Was ist theologisch unter „Volk“ zu verstehen? Was bedeutet es für eine Kirche, eine Theologie des Volkes zu entwickeln? Was ist unter Schöpfungsordnungen zu verstehen, die einem Volk das Recht geben, sich selbst zu erhalten? Was bedeutet dies alles für die Erforschung der Rassen? Inwieweit ist es legitim, wenn man – so wie die Kirche in Deutschland – nun Ordnungen erlässt, die den Schutz von Volk und Rasse garantieren?

Mit anderen Worten: die ökumenische Gemeinschaft sollte von der deutschen Theologie lernen, völkische Theologie zu verstehen! Bonhoeffer wollte diese Erwartungen nicht erfüllen. Seinen Thesen war zu entnehmen, dass er über einen drohenden Krieg reden wollte. Was für eine Schwarzmalerei! Man bat ihn dringlich, das Thema doch „umfassender ... anzupacken, als Sie es in Ihren Thesen getan haben“, aber Bonhoeffer ließ sich darauf nicht ein.

II.

Warum beginne ich meinen Vortrag mit Dietrich Bonhoeffer in Fanö? Weil es auch bei ihm um das Thema „Identität und Gewalt“ ging, und weil er damals, in einer Situation, in der Identität durch völkisches Denken etabliert werden sollte, *nicht* mit einer theologischen Legitimierung der völkischen Identität geantwortet hat, sondern auf die Gefahren kriegerischer Gewalt hingewiesen hat, die aus einer falsch verstandenen Volksidentität erwachsen können. Er hat deshalb als Antwort nicht eine völkische Theologie, sondern eine Friedensethik entwickelt.

Wir leben wieder in einer Zeit, in der Identität durch Volkstum gestiftet werden soll, und zwar in einer Weise, dass durch die Verdrängung anderer Religionen und Kulturen eine möglichst einheitliche Bevölkerung als Ziel und als Problemlösung vor Augen gemalt wird. Heiner Bielefeldt, Inhaber des *Lehrstuhls für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik* der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und von Juni 2010 bis Oktober 2016 Sonderberichterstatte für Religions- und Weltanschauungsfreiheit des UN-Menschenrechtsrats, hat bereits im Oktober 2015 auf der Konferenz für Diakonie und Entwicklung hier in Berlin eine besorgniserregende Analyse geboten: Weltweit ist eine unheilvolle Verbindung von politischem Nationalismus und Reterritorialisierung der Religion zu beobachten. Das

heißt: Die Sehnsucht nach abgegrenzten Gebieten mit einer homogenen Gesellschaft, in denen eine einheitliche Kultur und Religion gelebt werden können, ist weltweit stark angestiegen. Ethnische Säuberungen sollen kulturell und religiös einheitliche Gebiete schaffen. Das Zusammenleben in Ländern, in denen es ein traditionell friedliches Zusammenleben der Religionen gab, wird durch Gewaltakte zunichte gemacht.

Die evangelische Kirche als gesellschaftlicher Akteur in *unserer* Gesellschaft will und muss vor diesem Problemhorizont klar allen Tendenzen der Entdifferenzierung mit ihrer Versöhnungsbotschaft entgegentreten. Ihre Botschaft ist: Die Zukunft der globalisierten Welt kann nicht in der Abwehr des Fremden gesucht werden! Die Evangelische Kirche bringt sich als eine gesellschaftliche Kraft ein, die motiviert, die Herausforderung anzunehmen, in der zunehmend globalisierten Welt das Leben in multiethnischen, multireligiösen und multikulturellen Gesellschaften zu gestalten. Das evangelische Modell von Einheit in versöhnter Verschiedenheit ist dabei maßgeblich.

Vor diesem Horizont stellt sich nun die Frage, die Sie mir gestellt haben: Wie gehen wir mit der Herausforderung des neuen Rechtspopulismus in unserem Land um?

III.

Was ist Rechtspopulismus?

Unter Rechtspopulismus wird eine Haltung verstanden, die behauptet, der eigentliche Wille des Volkes werde nicht durch das vorhandene politische System und seine Institutionen angemessen vertreten, sondern es bedürfe der Volksführer, die den Willen des Volkes politisch umsetzen. Geradezu gespenstisch deutlich wurde diese rechtspopulistische Ideologie bei der Rede Donald Trumps nach seiner Inauguration: Mit theatralischer Geste behauptete er, er wäre nun der Führer, der dem amerikanischen Volk seine Herrschaft wieder zurückgeben würde. Das impliziert die Behauptung, Amerika, eines der Ursprungsländer der Demokratie überhaupt, habe bisher nicht in einer funktionierenden Demokratie gelebt.

Der Rechtspopulismus hat sich in anderen europäischen Ländern früher ausgebreitet als bei uns. Aber seit einiger Zeit werden rechtspopulistische Positionen auch bei uns offen und medienwirksam vorgetragen und verändern den Stil politischer Auseinandersetzung. Die aktuelle repräsentative Demokratie wird in Frage gestellt mit der Behauptung sie repräsentiere nicht den Volkswillen, es gäbe vielmehr ein „System“ der politischen und gesellschaftlichen Eliten, die nur das Interesse hätten, sich selbst zu erhalten. Wir würden in einem illegitimen politischen Zustand leben, der durch das Volk beendet werden müsste.

Der Rechtspopulismus lebt davon, dass er Ängste schürt und behauptet, die aktuelle Politik sei nicht in der Lage die Probleme zu lösen. So soll die eigene Bedeutung als notwendige Alternative begründet werden. Schonungslos klar hat der Bundesvorsitzende der Jungen Alternative, Markus Frohnmeier, deutlich gemacht, was Rechtspopulismus bedeutet, und was das Ziel ist:

„Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik nur für das Volk gemacht, denn wir sind das Volk“. ³

Für die Kirche ist der Rechtspopulismus *deshalb* eine besondere Herausforderung, weil er, zumindest in unserem Land, das Christentum für seine politischen Vorstellungen in Anspruch nimmt: Es ginge darum, das christliche Abendland, oder eine christliche Kultur zu verteidigen. Ein christliches Menschenbild aber wird nicht geboten. Die Funktionäre der Bewegung argumentieren nicht theologisch, wenn sie formulieren, was sie für christlich halten: Ablehnung von Homosexualität; ein konservatives Familienbild; den Schutz des ungeborenen Lebens – der aggressiv und ethisch undifferenziert mit der Unterstellung vorgetragen wird, die Kirchen würden sich nicht oder nicht angemessen für den Schutz des Lebens einsetzen; die Verteidigung einer deutschen Leitkultur verbunden mit einer undifferenzierten und polemischen Abwehr des Islam. Diese Funktionalisierung des christlichen Glaubens für eine rechtspopulistische Politik muss die Kritik der Kirchen in besonderer Weise herausfordern.

IV.

Der geistliche Grund unserer Auseinandersetzung

Die Kirchen sind in ihrem eigenen Wesenskern getroffen, wenn es darum geht, zu definieren, was christlich ist. Und theologisch verantwortungsvoll kann sich die Definition des Christlichen nur an Jesus Christus selbst festmachen, nicht an einem bestimmten Verständnis von christlich-nationaler Kultur. Jesus Christus leitet uns an, uns für Versöhnung und Nächstenliebe einzusetzen. Nächstenliebe umfasst nicht nur die Liebe zum eigenen Volkstum, zur Familie, zur Heimat, zu den Geschwistern des eigenen Glaubens. Ihr Wesensgehalt liegt in der grenzüberschreitenden Liebe bis hin zur Feindesliebe. Es geht bei Jesus kultur- und religionsübergreifend um die Zuwendung zum Notleidenden, wie in der Geschichte des barmherzigen Samariters kulturprägend erzählt wird.

Dietrich Bonhoeffer hat diese Haltung in seinem Buch „Nachfolge“ gegen die völkischen Ideologien seiner Zeit stark gemacht. Und die Bekennende Kirche hat mit der ersten These der Barmer Theologischen Erklärung in die gleiche Richtung gezielt: „Jesus Christus ist das

³ Deutschlandfunk, 29.10.2015

eine Wort Gottes, das wir zu hören haben.“ Keine anderen Mächte, Gewalten, Traditionen, Vorstellungen können eine Normativität beanspruchen, die diesen Bezug auf Jesus ausblendet – auch keine Volksgemeinschaft und kein kulturelles Leitbild.

Jesus Christus ist für uns Zuspruch der Gnade, aber auch Anspruch, ihm nachzufolgen und uns, wie er es tat, den Herausforderungen zu stellen und die Barmherzigkeit Gottes in die Welt zu tragen. Auch in die politische Welt: Wir haben die Botschaft der Versöhnung und der Menschenfreundlichkeit Gottes als Anspruch in die Politikfelder hineinzutragen und uns nicht aus der Politik herauszuhalten.

Natürlich ist die heutige Zeit nicht gradlinig mit der Ursprungssituation der Barmer Erklärung vergleichbar. Anders als zu Beginn der 1930er Jahre steht unsere Demokratie gottlob viel gefestigter da. Wir leben in keiner volkswirtschaftlich prekären Situation wie damals. Wir haben starke gesellschaftliche Institutionen. Aber es gilt dennoch den Anfängen zu wehren. Wir dürfen die Ausbreitung des Rechtspopulismus nicht auf die leichte Schulter nehmen.

Wie ist die Auseinandersetzung konkret zu führen: Wie sieht die Rechtslage in der Kirche aus? Und wie setzen wir uns inhaltlich mit dem Rechtspopulismus auseinander?

V.

Rechtliche Grundlagen der Auseinandersetzung

Die Kirchenleitung der EKBO hat sich bereits im Dezember 2015 als Vorbereitung auf die Gemeindegemeinderatswahlen des Jahres 2016 gefragt, wie damit umzugehen wäre, wenn Kirchenmitglieder, die in rechtspopulistischen Organisationen oder Parteien aktiv sind, in kirchlichen Gremien aktiv werden wollen. In der Grundordnung heißt es: „... nicht vereinbar (mit dem Ältestenamt, M.D.) ist die Mitgliedschaft in oder die tätige Unterstützung von Gruppierungen, Organisationen oder Parteien, die menschenfeindliche Ziele verfolgen“ (Art. 19,1).

Unter „menschenfeindlich“ verstehen wir eine Haltung, die Personen herabwürdigt, nur weil diese zu einer bestimmten Gruppe (der Religion, der Kultur, der Nationalität, der sexuellen Prägung ...) gehören, wo also Menschenwürde und Menschenrechte missachtet und Grundrechte versagt werden. Das Parteiprogramm der bei uns aktiven rechtspopulistischen Partei gibt keine juristische Handhabe. Es vermeidet menschenfeindliche Aussagen. Oft aber überschreiten rechtspopulistische Parteifunktionäre in ihren öffentlichen Äußerungen die

Linie der Menschenfeindlichkeit oder diffamieren ein Verhalten, das Menschenwürde und – rechte achtet, als „*political correctness*“, mit dem Ziel auf diese Weise Raum für menschenfeindliche Haltungen zu eröffnen.

Herabwürdigung von Muslimen und Infragestellung der Religionsfreiheit überschreiten die Grenze zur Menschenfeindlichkeit. Äußert sich eine Person öffentlich menschenfeindlich, kann sie von kirchlichen Ämtern ausgeschlossen werden.

VI.

Was haben wir dem Rechtspopulismus entgegenzusetzen?

Der Rechtspopulismus macht Menschen zu Wutbürgern. Das Evangelium macht Menschen zu Mutbürgern. Einer Bewegung, die Angst verstärkt und zur Wut aufstachelt, haben wir Christen das befreiende Evangelium Jesu Christi entgegenzusetzen. Das Evangelium weckt Glauben, schenkt Hoffnung und motiviert zur Nächstenliebe: Glaube heißt Vertrauen auf Gott, Vertrauen auf meine Mitmenschen, Vertrauen auf mich selbst und meine Fähigkeiten, Verantwortung zu übernehmen, um meinen Teil für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft beizutragen. Hoffnung heißt, gegen die Schwarzmalerei vorzugehen und mitzuhelfen, Lösungen und Perspektiven für die Probleme zu entwickeln. Nächstenliebe heißt, uns für die Schwächsten einzusetzen, ob sie einheimisch sind oder ob sie aus einer fremden Heimat geflohen und zu uns gekommen sind.

Die Art, wie Jesus sich dem Volk zugewandt hat, wie er seine Botschaft und seine Ethik in der Bergpredigt an das Volk formuliert hat, atmet einen anderen Geist als eine Bewegung, die vorgibt, das christliche Abendland zu verteidigen, aber im Kern eine nationalistische Ideologie vertritt.

Wer behauptet, im Namen des christlichen Abendlandes zu sprechen, kann dies nicht tun, ohne sich an dem Selbstverständnis zu orientieren, das die europäische Christenheit selbst schon vor längerer Zeit formuliert hat? Im Jahr 2001 haben die europäischen Kirchen in der „Charta Oecumenica“ Grundsätze verbunden mit Selbstverpflichtungen aufgestellt.⁴ Sie werden heute neu als Orientierungspunkte wichtig:

- 1. Wir setzen die Botschaft von der Versöhnung gegen die Infragestellung eines verbindlich geeinten Europas. Und wir leben die Botschaft von der Versöhnung in europäischen Partnerschaften.***

⁴ Die *Charta Oecumenica* ist damit das „erste ökumenische Dokument des 21. Jahrhunderts“ (Bischof Dr. Walter Klaiber)

Die europäischen Kirchen haben sich in der Charta verpflichtet, die „Einigung des europäischen Kontinents“ zu fördern und „die Verantwortung Europas für die ganze Menschheit zu stärken, besonders für die Armen in der ganzen Welt“ (Leitlinie 7).

Rechtspopulistische Positionen aber vertreten die Auffassung, dass Kompetenzen an die europäischen Nationalstaaten zurückgegeben werden sollen und Europa auf eine reine Wirtschaftsgemeinschaft zurückgeschraubt werden soll. Es wird kein positives Modell einer weitergehenden Einigung Europas geboten.

2. *Mit unserer Erinnerungskultur zeigen wir, dass wir aus Umkehr lernen können und motiviert werden, heute die Menschenwürde und Menschenrechte aller Menschen gleich zu achten.*

Die Charta betont die Schuldgeschichte der europäischen Christenheit. Sie erwähnt Spaltungen, Verfeindungen und Kriege sowie den Missbrauch von Glaube und Kirchen für politische Interessen, die die Glaubwürdigkeit des christlichen Zeugnisses beschädigt haben (Leitlinie 3).

Rechtspopulistische Politik aber will eine Abgrenzung gegen Bürgerinnen und Bürgern anderer europäischer Staaten und stellt die Erinnerung an die Schuldgeschichte in Frage.

3. *Wir setzen uns ein für gleiche Würde aller Menschen und pflegen den interreligiösen Dialog.*

In der Charta verpflichten sich die europäischen Kirchen, „jedem Versuch zu widerstehen, Religion und Kirche für ethnische oder nationalistische Ziele zu missbrauchen“ (Leitlinie 7). Sie bezeichnen es als ihre Aufgabe, „miteinander den Dienst der Versöhnung auch für Völker und Kulturen wahrzunehmen“ (Leitlinie 8). Sie treten ein „für die absolute Gleichwertigkeit aller Menschen“ (ebd.). Sie wollen den christlich-islamischen Dialog „auf allen Ebenen intensivieren“, „den Muslimen mit Wertschätzung ... begegnen“ und „bei gemeinsamen Anliegen mit Muslimen zusammenarbeiten“ (Leitlinie 11). Sie wissen, dass die „Pluralität von religiösen und weltanschlichen Überzeugungen und Lebensformen ein Merkmal der Kultur Europas geworden (ist)“ und verpflichten sich, „die Religions- und Gewissensfreiheit von Menschen und

Gemeinschaften anzuerkennen und dafür einzutreten, dass sie individuell und gemeinschaftlich, privat und öffentlich ihre Religion oder Weltanschauung im Rahmen geltenden Rechts praktizieren dürfen“ (Leitlinie 12).

Rechtspopulistische Positionen diffamieren die Bemühungen um ein Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen und Religionen als eine „Ideologie des Multikulturalismus“, wenden sich pauschal gegen Menschen muslimischen Glaubens und untergraben damit die uneingeschränkte Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit des Grundgesetzes.

4. *Wir engagieren uns für Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen mussten. Wir helfen ihnen, in Deutschland heimisch zu werden.*

Wer Flüchtlingen hilft, kennt die Probleme der Integration. Er verharmlost sicherlich nichts. Aber er erlebt jeden Tag, wie bereichernd es ist, Menschen anderer Kultur den Weg in unsere Gesellschaft zu bahnen.

Die europäischen Kirchen bekunden in der Charta ihren gemeinsamen Willen, „dass Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchende in Europa menschenwürdig aufgenommen werden“ (Leitlinie 8).

Rechtspopulistische Funktionäre aber heizen die Stimmung gegen Migranten und Flüchtlinge an, überzeichnen die Probleme der Integration und verschweigen die Erfolge der Integration.

5. *Wir engagieren uns für die Umwelt, weil sie die Schöpfung Gottes ist und sehen die Probleme des Klimawandels, auch um der Menschen willen, die in anderen Weltteilen viel mehr darunter zu leiden haben als wir.*

Die Kirchen verpflichten sich in der Charta, sich gemeinsam für die Bewahrung der Schöpfung einzusetzen, weil sie mit Schrecken sehen, wie „die Güter der Erde ohne Rücksicht auf ihren Eigenwert, ohne Beachtung ihrer Begrenztheit und ohne Rücksicht auf das Wohl zukünftiger Generationen ausgebeutet werden.“ Sie wollen „die kirchlichen Umweltorganisationen und ökumenischen Netzwerke bei ihrer Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung unterstützen“ (Leitlinie 9).

Rechtspopulistische Politik aber bezeichnet den Klimaschutzpolitik als Irrweg und leugnet die Schädlichkeit des Kohlendioxids für die Umwelt.

VII.

Fazit:

Christinnen und Christen sind heute gefordert, sich kritisch mit dem Rechtspopulismus auseinanderzusetzen. Christen können dazu beitragen, dass der Rechtspopulismus im gesellschaftlichen Diskurs als Problem erkannt wird, wenn sie folgende Erkenntnisse mit klarer Haltung vertreten:

- Rechtspopulismus nimmt die aktuellen Herausforderungen nicht konstruktiv an, sondern wehrt sie ab. Er unterliegt der Selbst- und Fremdtäuschung, wenn er behauptet, dass es möglich sei, durch Abschottung, neuen Nationalismus und Abwehr des Fremden Lösungen zu finden.
- Rechtspopulismus untergräbt die Demokratie. Er stellt repräsentative Institutionen in Frage und macht sie verächtlich.
- Er ist latent „menschenfeindlich“ – und das muss dort, wo Personen diese Haltung vertreten, scharf zurückgewiesen und notfalls auch innerhalb der Kirche mit rechtlichen Mitteln verhindert werden.
- Der Rechtspopulismus kann sich nicht auf den christlichen Glauben berufen. Deshalb sind Christen besonders herausgefordert, den Missbrauch des Glaubens zu entlarven.

Dietrich Bonhoeffer hat zu seiner Zeit sehr scharfsichtig erkannt, dass eine völkische Ideologie den Frieden zwischen den Völkern gefährdet, weil sie auf Abgrenzung statt Dialog, auf Konfrontation statt auf kompromissbereite Verhandlung und gemeinsame Lösungssuche, auf Aufwertung der eigenen Kultur und Abwertung anderer setzt.

So wenig wir die 1930er Jahre historisch mit unserer Zeit parallelisieren können, so klar ist doch dies: Wer seine Identität in einer völkischen Ideologie sucht, die sich aus der Vorstellung nährt: „Zuerst mein Volk!“, ohne Rücksicht auf die anderen Völker und ohne die Mitverantwortung für eine friedliche Völkergemeinschaft aktiv wahrzunehmen, der schürt offen oder verdeckt, bewusst oder unbewusst die Tendenz zu gewaltsamer Auseinandersetzung.

Und dem müssen wir uns genauso entschieden mit einer Friedensethik widersetzen, wie Dietrich Bonhoeffer es zu seiner Zeit getan hat.